



Berlin, 24.01.2024 – Zu den heutigen Ausführungen und Positionierungen des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) erklären die Bundesvorsitzenden des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes, Prof. Dr. Nicola Buhlinger-Göpfarth und Dr. Markus Beier:

„Die heutigen Aussagen des vdek sind sowohl inhaltlich als auch von der Tonalität her untragbar. Die Akteure sollten sich einmal selbst hinterfragen, ob es der richtige Weg ist, wichtige inhaltliche Diskussionen mit derartigen populistischen Tönen zu flankieren. Es ist schwer vorstellbar, dass die im vdek organisierten Krankenkassen diese Form der Kritik mittragen.

Dass Krankenkassen, den Ärztinnen und Ärzten mangelndes Engagement für ihre Patientinnen und Patienten unterstellen, ist absurd und unverschämt. Die Hausärztinnen und Hausärzte und ihre Praxisteams schieben seit Jahren Überstunde um Überstunde, um die Versorgung am Laufen zu halten. Jede Woche gehen unzählige Arbeitsstunden dafür drauf, unsinnige und inhaltlich nicht nachvollziehbare Nachfragen der Krankenkassen zu beantworten. Diese Zeit fehlt dann für die Patientenversorgung. Wer, statt sich selbst mal an die eigene Nase zu fassen, allen Ernstes als Lösung des Problems vorschlägt, die Mindestsprechstundenzeit zu erhöhen, der hat offensichtlich seit Jahrzehnten keine Praxis von innen gesehen. Statt sich beispielsweise über die konkreten Vorschläge der Hausärzteschaft zur Sicherstellung und Modernisierung der Versorgung auszutauschen, verharren die Akteure mit dem vorgelegten Papier in längst überholtem Lagerdenken, das absolut nichts zur Sicherstellung einer guten und zukunftsfähigen Versorgung beiträgt. Mit einem konstruktiven Austausch hat das nichts zu tun.

Die Forderung nach immer mehr und kleinteiligeren Sanktionen und Kontrollen führt die Idee des freien Arztberufes ad absurdum. Schon heute tragen die Kolleginnen und Kollegen an vielen Punkten die versorgungspolitische und finanzielle Verantwortung für Dinge, die sie selbst nicht beeinflussen können, wie beispielsweise nicht funktionierende TI-Anwendungen. Dafür zeichnen sich bekanntlich auch die Krankenkassen verantwortlich. Vor diesem Hintergrund kann man diese komplett praxisfernen Ausführungen nur mit Unverständnis lesen.

Jede junge Ärztin oder jeder junge Arzt, der darüber nachdenkt, sich niederzulassen und dann mit diesen Unterstellungen und Aussagen konfrontiert wird, wird sich schleunigst ein anderes Betätigungsfeld suchen. Wenn es das Ziel der Verbandsvertreterinnen und -vertreter ist, für möglichst wenige Niederlassungen zu sorgen, dann haben sie heute ganze Arbeit geleistet.“

Pressekontakt

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.
Bleibtreustraße 24 · 10707 Berlin
☎ 030 887 143 73-60
✉ pressestelle@haev.de
🌐 www.haev.de

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.

Bereits mehr als 30.000 Hausärztinnen und Hausärzte haben sich dafür entschieden, Mitglied in ihrem Hausärzteverband zu werden. Damit ist der Bundesverband mit seinen 18 Landesverbänden die größte berufspolitische Vertretung für Hausärztinnen und Hausärzte in Deutschland. Er vertritt die berufspolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Krankenkassen, in Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen.